

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages;art693,2363757>

Millionen gegen rechts

Nach der Tat in Mügeln fordern Politiker mehr Programme gegen Rechtsextremismus. Was lässt sich der Staat diese Programme kosten?

Von Matthias Schlegel

22.08.2007 17:39 Uhr

19 Millionen Euro gibt der Bund im Jahr 2007 für die Unterstützung von Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus aus. Verwaltet wird das Geld vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Ressort von Ursula von der Leyen (CDU) hat auch den konzeptionellen Rahmen für die Verwendung der Mittel vorgegeben: Seit 1. Januar 2007 wird das Programm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ umgesetzt. Damit werden lokale Aktionspläne gegen Rechtsextremismus unterstützt und Modellprojekte für Jugend, Bildung und Prävention kofinanziert. Hinzu kommen fünf Millionen Euro, die die Bundesregierung in diesem Jahr für Beratungsnetzwerke und mobile Interventionsteams bereitstellt.

Alles in allem ist das eine größere Summe als zunächst geplant: Nach heftigen politischen Debatten wurde die Absicht, nur 17 statt der bisherigen 19 Millionen Euro in diesen Haushaltsposten zu stecken, wieder aufgegeben. Doch hat sich bei der Vergabe des Geldes etwas Grundsätzliches geändert: Seit diesem Jahr können nicht mehr die Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus selbst das Geld beim Bund beantragen, sondern das müssen die Kommunen tun. Damit sollen die Verantwortung und das Problembewusstsein aller gesellschaftlichen Kräfte vor Ort gestärkt werden.

Rund 90 Kommunen haben im Frühjahr den Zuschlag für je maximal 100 000 Euro bekommen. Anträge lagen allerdings viel mehr vor – zu den abgelehnten gehörte auch der aus dem sächsischen Landkreis Torgau-Oschatz, in dem Mügeln liegt. Bei der Auswahl wurden die jeweilige Situation vor Ort als auch die beabsichtigte Verwendung der Mittel geprüft. Die Kommunen müssen nun lokale Aktionspläne aufstellen, in die sie die ortsansässigen Initiativen einbinden.

Doch das ist nicht unproblematisch, sagt die Grünen-Bundestagsabgeordnete Monika Lazar aus Leipzig. So komme es durchaus vor, dass unbequeme Vereine, die als „Nestbeschmutzer“ gelten, außen vor gelassen werden. Lazar verweist auf das Beispiel Muldentalkreis. Dort wurden dem seit langem aktiven „Netzwerk Demokratische Kultur“ vom Landkreis die Mittel zunächst verweigert. Erst vor zwei Wochen kam dann das Signal, das Netzwerk weiter zu finanzieren. Probleme gebe es überall dort, wo Rechtsextremismus und Fremdenhass kleingeredet würden, sagt Lazar.

Die Forderung nach mehr Geld für Prävention ließ nach den Vorgängen in Mügeln nicht auf sich warten. So sagte der SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz, er werbe sehr dafür, die Mittel aufzustocken. Und die Chefin des Bundestags-Jugendausschusses, Kerstin Griese (SPD), forderte fünf Millionen Euro extra allein für die neuen Bundesländer.

Für Monika Lazar sind das „wohlfeile Forderungen“, die „immer kommen, wenn etwas

passiert“. „Aber wenn es in die Haushaltsberatungen geht, sind diese Stimmen nicht mehr zu hören.“ Gleichwohl würde auch sie sich mehr Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wünschen. „Aus haushälterischer Sicht sind 19 Millionen Euro viel Geld, aber angesichts der Dimension des Problems ist es ein Klacks“, sagt sie – und fügt hinzu, solche Programme könnten jedoch „nie das alleinige Mittel gegen Rechte sein“.

Die stellvertretende Linksfraktionschefin Petra Pau ist zurückhaltend mit der Forderung nach mehr Geld. Man müsse das vorhandene zunächst einmal richtig einsetzen. So plädiert Pau nachdrücklich für mobile Beratungsteams, weil sie sich am effektivsten der präventiven Arbeit widmen könnten. Und weil am Anfang immer eine klare Analyse notwendig sei, müsse eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild geschaffen werden. Nach Ansicht der Linkspolitikerin gibt es auch die Gefahr, dass Kommunen ihre Pflichtaufgaben, etwa für Jugend- oder Sozialarbeit, mit Mitteln aus dem „Vielfalt“-Programm des Bundes finanzieren.

Jedes Jahr müssen die Kommunen einen Bericht über den lokalen Aktionsplan abliefern. Für eine erste Bilanz ist es also noch zu früh. Die zuständige Ministerin soll vor dem Hintergrund Mügeln dennoch am Donnerstag schon mal erklären, wie sie ihr Programm umsetzt.